

Deutschland 1945-1949

Peter Steinbach

Epochenzäsur

Keine historische Zäsur hat die Deutschen unseres Jahrhunderts stärker beschäftigt als das Jahr 1945. Es bedeutet nicht nur eine weltgeschichtliche Zäsur, sondern für die meisten auch einen tiefen persönlichen Lebenschnitt. Es wurde unausweichlich zum Synonym für einen noch nach Jahrzehnten spürbaren und deshalb als absolut empfundenen Tiefpunkt deutscher Geschichte. Lebensgeschichte und Politik gingen eine unauflösbare Verbindung ein.

Diese Doppelung der Empfindungen prägt die Erinnerung. Sie muss die Vielfältigkeit der Schicksale, die Gleichzeitigkeit widersprüchlichster Stimmungen, Ängste und Hoffnungen zum Ausdruck bringen. Die Befreiung der Konzentrationslager und die Rettung der Häftlinge, die zu Todesmärschen gezwungen und so dem Tod preisgegeben wurden, steht neben der Erinnerung an Plünderung und Vergewaltigung, an Gefangenschaft und Verschleppung, an Internierung und Vertreibung. Welthistorisch bedeutet die

Kapitulation Deutschlands die Befreiung von der nationalsozialistischen Herrschaft und damit von einer schrecklichen Zukunft, aber auch die Teilung des Landes und den Verlust der Ostgebiete. Nach einer Übergangsphase unter alliierter Herrschaft begann die Geschichte der deutschen Teilung.

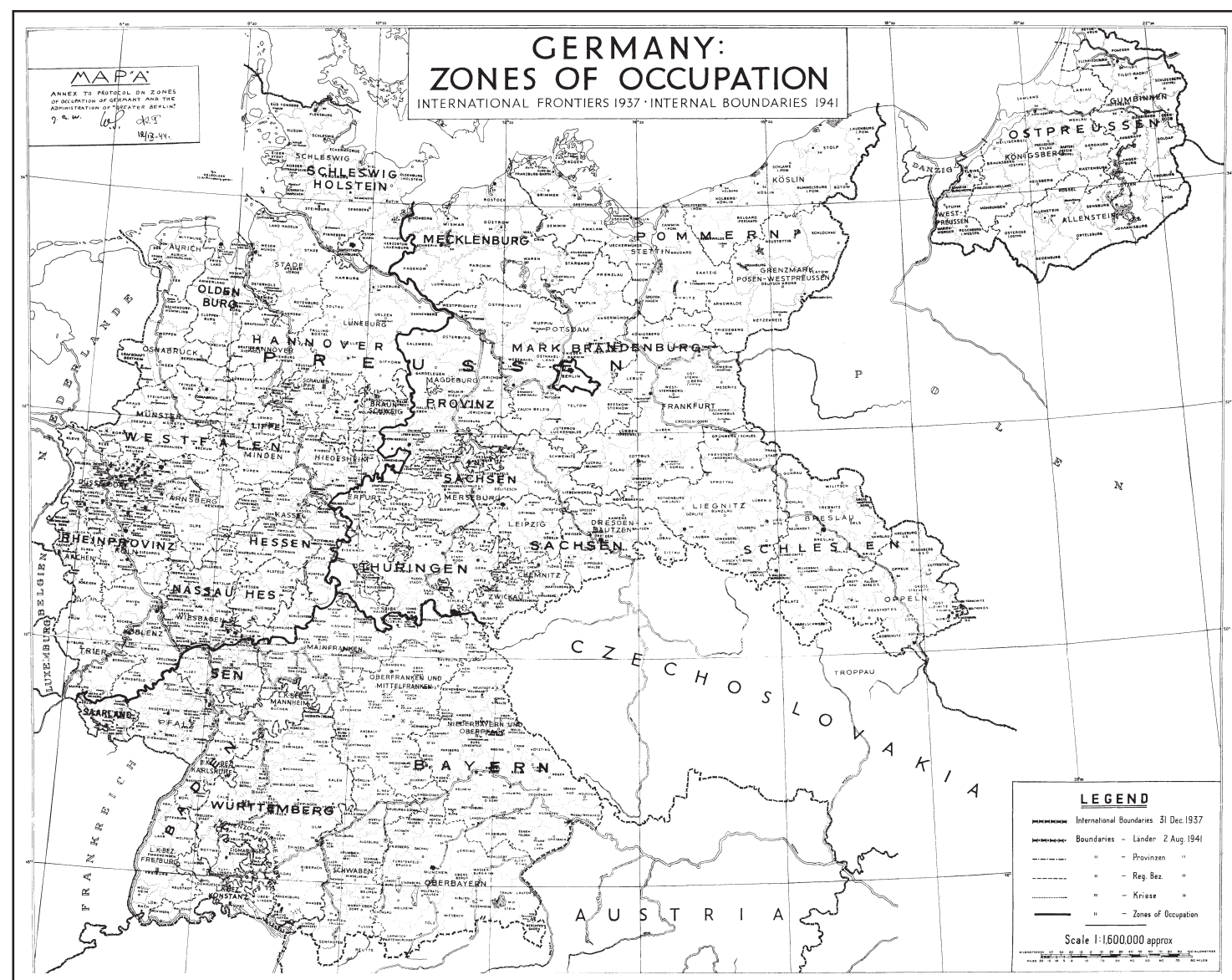
Einschnitt in der europäischen Geschichte

Das Jahr 1945 war aber nicht nur eine Zäsur deutscher Zeitgeschichte, sondern zugleich ein tiefer Einschnitt für die Geschichte Europas, denn dieses Jahr markiert den unwiderruflichen Untergang einer Ordnung, die seit dem Mittelalter und der frühen Neuzeit tief in der europäischen Geschichte verwurzelt war: Ostmitteleuropa wurde seitdem nicht mehr als „Zwischeneuropa“ empfunden, sondern als Teil des Ostblocks. Das Jahr 1945 wurde so zum Synonym für eine Tragödie, die mit der Geschichte der Nationalstaaten begonnen und durch den Nationalsozialismus ihren Kulmina-

tionspunkt erlebt hatte. Am Ende der Katastrophe für Deutschland, für Europa und für die Welt stand aber auch ein neuer Anfang, der sich in der Gründung der Vereinten Nationen 1945 verkörperte.

Ambivalenz der Gefühle

Wegen seiner Vielschichtigkeit muss das Jahr 1945 umstritten sein. In der Nachkriegszeit konnte nämlich die Beurteilung dessen, was auf den Zusammenbruch folgte, niemals eindeutig und schon gar nicht einhellig sein. Deshalb blieb für die einen eine „Niederlage“, was für die anderen „Befreiung“ war. Der eine dachte an Flucht, Vertreibung, Gefangenschaft und Teilung, der andere an die Rettung seines Lebens, an seine Freisetzung aus der Haft oder aus dem KZ, an die Befreiung von der nationalsozialistischen Willkür, von dem Terror der letzten Kriegswochen. Demgegenüber waren die entscheidenden politischen Zäsuren, der Neuaufbau der Demokratie in Deutschland, von nachrangiger Be-



Karte "A"
Anhang zum Protokoll zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika, Großbritannien und der UdSSR vom 12. September 1944 über die Besatzungszonen in Deutschland und die Verwaltung Groß-Berlins (Londoner Protokoll). Die Zuweisung einer Besatzungszone an Frankreich wurde später beschlossen.

deutung. Während in den Westzonen bis 1948 die Grundlage für einen parlamentarischen Verfassungsstaat geschaffen worden war, unterstützte die sowjetische Militäradministration den Aufbau einer Parteidiktatur. Die Wunde der Teilung ging tief und vernarbte nur langsam. Die Deutschen konnten sie nur akzeptieren, weil sie die Teilung ihres Landes als Konsequenz eines Krieges deuteten, der von deutscher Seite entfesselt worden war und im Völkermord an den Juden kulminierte hatte.

Jahrzehnte blieb die Ambivalenz spürbar, die das Ende des Krieges bedeutete. Diese Ambivalenz hat ihren Grund in der Geschichte selbst, die sich niemals auf einen einzigen Strang historisch-politischer Erfahrungen oder auf eine einzige, allgemeine oder gar verbindliche Empfindung reduzieren lässt. Um die Schwierigkeit einer Entscheidung für eindeutige Bewertungen zu vermeiden, sprachen deshalb einige Zeitzeugen bald neutral von der „Kapitulation“ oder von der „Stunde Null“ der deutschen Nachkriegsgeschichte, andere betonten eher den Beginn einer „Restauration“, während Dritte immer wieder bekräftigten, das Jahr 1945 sei der Anfang einer Neuordnung, ein „Neubeginn“.

Kontroverse Geschichtsbilder

Seit der Gründung der DDR 1949 wurde immer wieder betont, im Westen sei die „kapitalistische“ Eigentumsordnung wiederhergestellt worden, die nach marxistisch-leninistischer Überzeugung die Gefahr einer Wiederholung der „faschistischen Unterdrückung“ mit sich bringe: „Kapitalismus führt zum Faschismus!“, so lautete eine gängige und verbreitete Parole des Systemkonflikts, die vor allem das Ziel hatte, den als Legitimationsideologie missbrauchten „Antifaschismus“ in das Bewusstsein einzubrennen. Antifaschismus sollte seinen Ausdruck in der Bodenreform, in der Enteignung von Industrien und in der Schwächung des Mittelstandes finden. Antifaschismus war niemals nur das Bekenntnis gegen den NS-Staat, sondern zugleich auch Ausdruck der Kritik am liberaldemokratischen Verfassungsstaat, den man als „bürgerlichen Klassenstaat“ bezeichnete, gleichsam als Spielart einer Herrschaftsform, die sowohl faschistisch wie liberal sein konnte. Diese Gleichsetzung gegensätzlicher Systeme konnte man auf westlicher Seite nicht akzeptieren; denn hier sah man im freiheitlichen Verfassungsstaat das geglückte Gegenbild zur nationalsozialistischen Diktatur. Seine Grundlage schien in der Übergangsphase zwischen Kapitulation und Gründung der beiden deutschen Staaten gelegt worden zu sein.

Stunde Null – Restauration – Neuordnung?

Heute ist diese Kontroverse entschieden. Die gegenseitige Abgrenzung gegensätzlicher Systeme steht nicht mehr im Vordergrund geschichtspolitischer Auseinandersetzung, sondern der Versuch, die deutsche Geschichte auf das Jahr 1945

zu beziehen. Dabei zeigt sich, dass jeder Streit, der um Begriffe geführt wird, Tiefenschichten des politischen Selbstverständnisses berührt, das nicht zuletzt auch durch das Nebeneinander von ost- und westdeutschen Erinnerungen an die „Stunde Null“ geprägt ist. War für die westdeutsche Seite die Betonung der staatlichen Kontinuität besonders wichtig, so verkörperte die DDR im Bewusstsein ihrer Bürger nicht selten den Versuch eines grundlegenden Neubeginns. Die Debatte über die angemessene Beschreibung des fundamentalen „Bruchs“ durchzieht alle geschichtspolitischen Auseinandersetzungen in der Zeit deutscher Teilung. Wer den Begriff der „Stunde Null“ verwendet, setzt sich nicht nur dem Vorwurf aus, der Frage nach der Kontinuität deutscher Geschichte im 20. Jahrhundert auszuweichen. Denn er macht auch deutlich, dass dieses Jahr den Anfang einer anderen, einer glücklicheren Geschichte verkörperte. Der nach dem Scheitern der Weimarer Republik und nach der Befreiung von der nationalsozialistischen Diktatur nun zum zweitenmal unternommene Versuch der Deutschen, eine stabile Demokratie zu schaffen, rechtfertigt durchaus den Begriff der „Stunde Null“.

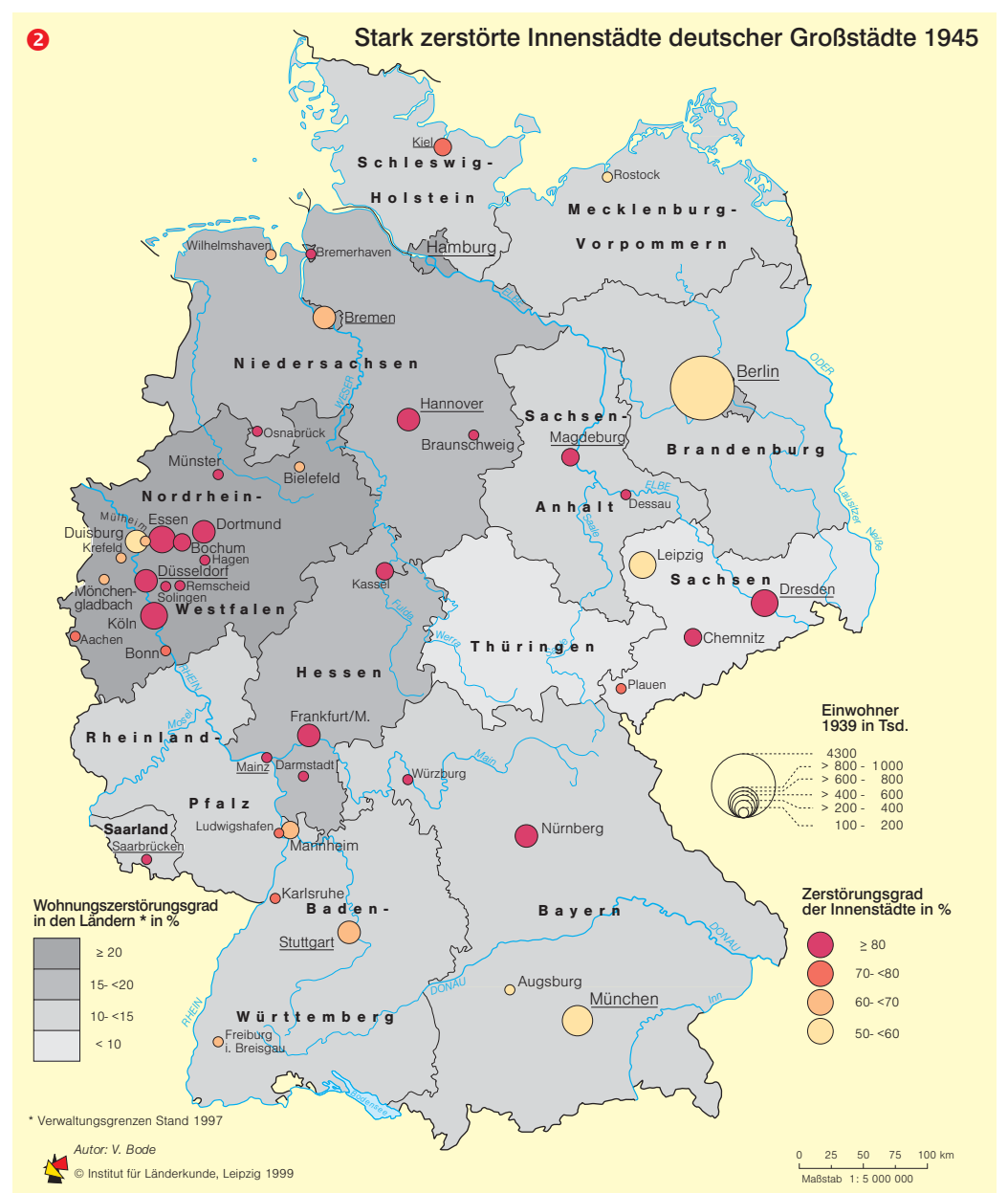
Wer hingegen das Schlagwort von der „Restauration“ bevorzugt, will den Eindruck abschwächen, dass nach 1945 der Versuch einer liberalen Demokratiegründung gelungen ist. Im Mittelpunkt seiner Kritik steht die Klage, dass es keinen grundlegenden Austausch der politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Eliten gegeben habe und weiterhin manche Wertvorstellungen des deutschen Obrigkeitsstaates verbreitet seien. Ursprünglich ist der Begriff der „Restauration“ verwendet worden, um zu Beginn der fünfziger Jahre auf die Gefahren hinzuweisen, die von der eher unterstellten als realen, in jedem Fall jedoch befürchteten Erneuerung des Alten ausgingen. Nichts spricht dafür, dass es in den mehr als vier Jahrzehnten westdeutscher Nachkriegsgeschichte nicht gelungen sei, Deutschland aus den Bahnen seines historischen Sonderwegs zu befreien und fest im Kreis der westlichen liberalen Staaten zu verankern.

Wer schließlich den Begriff der „Neuordnung“ verwendet, vernachlässigt häufig ganz bewusst das Kontinuitätsproblem, das sich aus der engen Verbindung zwischen den deutschen Eliten über alle Epochenbrüche ergibt. Die schließlich gelungene Neuordnung war das Ergebnis langer politischer Auseinandersetzung, vieler Reformen und mancher Kompromisse. „Neuordnung“ stand als Begriff zunächst nur für den Versuch, das neu entstandene politische System aus einer bewussten Entscheidung zur Neugestaltung hervorgehen zu lassen.

Jeder der aufgeführten Begriffe hat vieles für sich; er beleuchtet aber weniger die historische Wirklichkeit des nach 1945 entstandenen Deutschlands als die Unterschiedlichkeit einer möglichen Interpretation der Erfolgsgeschichte deutscher Demokratie. Deshalb



Die Ruine der Berliner Kaiser-Wilhelm-Gedächtniskirche 1945





land aus der französischen Besatzungszone herausgelöst und wirtschaftlich an Frankreich angegliedert worden. Die Siegermächte hatten vor allem ihre Verantwortung für „Deutschland als Ganzes“ betont. Sie wurden Träger deutscher Souveränität und bekräftigten, dass von Deutschland nie wieder eine Bedrohung für das europäische Gleichgewicht und den Frieden ausgehen dürfe. Um dies zu erreichen, setzten sie auf Machtpolitik, auf Beeinflussung der Bevölkerung im Zuge einer „Umerziehung“ und auf die Entwicklung der Fähigkeit zur demokratischen Selbstverantwortung. Zunächst wurden Interessensphären der großen europäischen Mächte in Deutschland und in Europa festgelegt, die vor allem Stalins Machtbereich ausdehnen halfen und deshalb schon früh Vorbehalte bei einzelnen Verbündeten weckten.

Potsdamer Konferenz 1945

Unstrittig war aber die Politik der „Vier großen Ds“, die im Sommer 1945 in Potsdam bekräftigt wurde: Deutschland sollte *dezentralisiert* und *demilitarisiert*, *denazifiziert* und *demokratisiert* werden. In diesen vier Begriffen deutete sich nicht nur der Wille zur Unterwerfung Deutschlands an, sondern es wurden auch Konturen einer Neuordnung deutlich, die das politische Schicksal der Deutschen auf der Grundlage eines völlig veränderten Selbstbewusstseins beeinflusste. Die „großen vier D's“ machten eindeutig klar, dass nach 1945 eine Rückkehr zu den Idealen des deutschen Obrigkeitsstaates nicht mehr möglich war. Nur die Entscheidung für demokratische Wertvorstellungen, für eine ganz konsequente Bundesstaatlichkeit, für die bewusste Überwindung des militaristischen Denkens als Ausdruck einer Überhöhung deutscher Interessen und für die entschiedene Abkehr von nationalsozialistischen Denkvorstellungen öffnete den Weg in den Kreis der zivilisierten Nationen. Nur einem Deutschland, das sich von seinem Sonderweg abwandte und sich für den liberalen Verfassungsstaat entschied, könnte sich die Chance bieten, die durch die Viermächteverantwortung weiterhin offen gehaltene „deutsche Frage“ auf eine eindeutige Art zu lösen.

Teilung und Neuordnung

In der militärischen Niederlage Deutschlands wurden so die Konturen einer inneren politischen Neugestaltung der deutschen Gesellschaft sichtbar. Diese löste sich aus den Traditionen des deutschen Obrigkeitsstaates. Die neuen politischen Ziele und Strukturen prägten nicht allein die unmittelbare Nachkriegszeit, sondern legten vor allem den Grund für eine demokratische Ordnung westlichen Typs. Begriffe wie „Umerziehung“ oder gar „erzwungene Neuordnung“ beschreiben diesen Vorgang nicht hinreichend, denn sie wecken Zweifel an der letztlich freiwilligen Übernahme von Wertvorstellungen und Verhaltensweisen, die für eine demokratische Gesellschaft unverzichtbar sind. Begünstigt

darf nicht übersehen werden, dass die Begriffe nur Deutungsangebote sind, die vor allem Aufschluss über Geschichtsbilder geben, deren Vielfalt für pluralistische Gesellschaften charakteristisch ist. Das Miteinander der Begriffe, gegen deren ausschließliche oder gar plakative Verwendung vieles spricht, erlaubt jedoch, die ganze Ambivalenz der Nachkriegsgeschichte zu erfassen.

Das Ende des deutschen Nationalstaats?

Unbestreitbar ist, dass am 8. Mai 1945 die Geschichte des 1871 gegründeten Deutschen Reiches ein jähes Ende gefunden hatte – so schien es zumindest bis zum Jahre 1989. Das weitere Schicksal von Deutschland und Europa war in seiner politischen Bedeutung und geopolitischen Entwicklung durch die Absprachen festgelegt, welche die Alliierten in Jalta im Februar 1945 noch einmal bekräftigt hatten. Dabei stand fest, dass Deutschland als Vormacht in der Mitte Europas zerschlagen und langfristig geschwächt werden sollte. Von den vier Siegermächten waren das besiegte Reich in vier Besatzungszonen **4** und die Hauptstadt Berlin in vier Sektoren **3** aufgeteilt worden. Die Ostgebiete jenseits von Oder und Neiße waren unter polnische bzw. sowjetische Verwaltung gestellt worden, das Saar-

Ruinen und Trümmer, Berlin-Charlottenburg



wurde diese Umorientierung durch die wachsende Einsicht in den verbrecherischen Charakter des NS-Staates. Die Siegermächte hatten zu keiner Zeit Zweifel daran gelassen, dass sich jeder einzelne für seine Untaten zu verantworten habe und Deutschland auch nach der „bedingungslosen Kapitulation“ Wiedergutmachung als Voraussetzung einer politischen und moralischen Versöhnung zu leisten habe. Auch zu dieser Verantwortung bekannten sich die Deutschen und übernahmen später die Verantwortung für die nationalsozialistische Politik.

Entscheidend für die weitere Entwicklung wurde aber zunächst die Teilung Deutschlands. Sie ermöglichte, so schmerzhaft sie war, den Aufbau einer stabilen Demokratie zumindest in den drei Westzonen des Landes, aus denen 1949 die Bundesrepublik Deutschland wurde, die infolge ihrer wirtschaftlichen Prosperität und politischen Stabilität zu einem Magneten für den anderen Teil Deutschlands werden sollte, der sich aus der Sowjetischen Besatzungszone im Oktober 1949 zur Deutschen Demokratischen Republik entwickelt hatte.

Das Ende, das ein Anfang war

Im Rückblick erscheint so die Niederlage als ein „Ende, das ein Anfang war“. 1945 wurde das Schicksal der Deutschen in die Hand der Siegermächte gelegt. Mochten diese auch erklären, als „Sieger“ zu kommen, nicht als „Befreier“, so

Flucht, Vertreibung und Integration

Nach dem Kriegsende flüchteten zwischen 1945 bis 1950 etwa 8 Mio. Menschen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches in den Grenzen von 1937 sowie weitere rd. 5,5 Mio. aus anderen Gebieten außerhalb dieser Grenzen in Richtung der vier Besatzungszonen. Die Aufnahme und Unterbringung der Vertriebenen und Flüchtlinge in das räumlich stark verkleinerte und zerstörte Deutschland stellte eine der größten gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und insbesondere menschlichen Herausforderungen dar. Die vier Besatzungszonen nahmen ca. 12 Mio. Menschen auf, Österreich weitere 400.000. Viele verstarben auf der Flucht. Die Hauptherkunftgebiete waren Ostpreußen und das Baltikum, Schlesien, das Sudetenland und Pommern. Von der Integration prozentual besonders stark betroffen waren die norddeutschen Länder Schleswig-Holstein, Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen. Heute stammt etwa jeder/e fünfte deutsche Bürger/in aus den ehemaligen Ostgebieten oder gehört einer Familie von Vertriebenen und Flüchtlingen an.

wurde bald deutlich, dass sie bei allem Schweren, was folgte, die Deutschen von der nationalsozialistischen Diktatur befreit und vor einer noch schrecklicheren Zukunft bewahrt hatten. Zwar mussten Millionen Deutsche auch nach 1945 große Gefahren überstehen und unermessliche Opfer bringen: Ihre Leiden waren aber das Ergebnis einer Niederlage und einer denkbar späten Kapitulation. Viele Millionen hätten ihr Leben



behalten können, wenn man rechtzeitig den Krieg beendet hätte. Dies sollte nicht vergessen werden, wenn man auf das Jahr 1945 als „deutsche Katastrophe“ (Friedrich Meinecke) zurückschaut: Für die NS-Führung war dieser Krieg zu allen Zeiten vor allem ein Rassen- und Weltanschauungskrieg gewesen. Er hatte Wunden geschlagen, die, so schien es 1945, nicht mehr verheilen konnten, denn dieser Krieg raffte ganz Unwieder-

bringliches dahin. Dieses endgültig Vergangene lässt sich nicht auf einen einzigen Begriff bringen: Deshalb sprechen wir vom „alten Europa“, das von der Gemeinsamkeit vieler Völker, von der Vielfältigkeit der Konfessionen, von der Pluralität der Überzeugungen und auch vom geradezu unerschöpflichen Reichtum historischer Erfahrungen in einem Beziehungsgeflecht ausging, das wir heute nur noch ahnen können.

Wenn die Menschen später an den 8. Mai 1945 zurückdachten, erwähnten sie als stärksten und bleibenden Eindruck die Stille: kein Kampflärm, keine Bedrohung durch Bomben und Gestapo, häufig kaum mehr die Kraft wahrzunehmen, was Kriegsende und Frieden bedeuteten. Am 8. Mai 1945 endete eine Phase unvorstellbarer Zerstörung, ein Weg in das Dunkel und in die Ungewissheit.◆